



Schriftliche Anfrage

betreffend **Städtisches Sicherheitskonzept**

eingereicht von: Fredy Künzler, SP

am: 2. Februar 2017

Geschäftsnummer: 2017.15

Text und Begründung

Die Volksabstimmung vom 25. November 2012 über die Volksinitiative «Mehr Sicherheit für die Grossstadt Winterthur» sowie über den Gegenvorschlag von Stadt- und Gemeinderat hat - nebst der Erhöhung der Stellen des Korps der Stadtpolizei - auch ein städtisches Sicherheitskonzept vorgesehen. Der Gegenvorschlag wurde mit über 71% der Stimmen genehmigt. Zitat aus der Abstimmungszeitung:

Gegenvorschlag von Stadtrat und Grosseem Gemeinderat

Der Mindestbestand der vereidigten Polizistinnen und Polizisten der Stadtpolizei Winterthur soll [...] erhöht werden. Der Einsatz dieser zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten soll unter Berücksichtigung eines städtischen Sicherheitskonzepts erfolgen, das auch die Aspekte der sozialen, planerischen und baulichen Sicherheit sowie die Tätigkeitsfelder Schule, Sozialarbeit, Stadt- und Quartierentwicklung umfasst. Die kommunalen Rechtsgrundlagen und Finanzierungsbeschlüsse sind dieser Zielsetzung entsprechend anzupassen und zu ergänzen. Im Rahmen der Umsetzungsvorlage bringt der Stadtrat die Eckpunkte des städtischen Sicherheitskonzepts dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis.

Mehr als vier Jahre später liegt das Sicherheitskonzept immer noch nicht vor, und der in der GGR-Weisung Nr. 2013-108 skizzierte Zeitplan wurde bei weitem nicht eingehalten. Deshalb stellen sich dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Wann wird der Stadtrat das städtische Sicherheitskonzept dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis bringen?
2. Welche Anstrengungen hat der Stadtrat in der Sache bereits unternommen und wie viel haben diese gekostet?